

Nr. 9 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 14. und 18. September 1909

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister GdI. Freiherr v. Schönaich, der k. k. Finanzminister Ritter v. Biliński (22. 10.), der k. u. k. Marinekommandant und Chef des gemeinsamen Kriegsministeriums, Marine-sektion, Admiral Graf Montecuccoli (23. 10.).

Protokollführer: Sektionsrat Ritter v. Günther.

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1910.

KZ. 59 – GMCPZ. 473

Protokoll des zu Wien am 14. und 18. September 1909 abgehaltenen Minister-rates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze Sr. Exzellenz des Herrn k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Aehrenthal^a.

Sitzung vom 14. September 1909

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr vormittags mit der Bemerkung, daß er, der Tradition folgend, die Besprechung mit einem Rückblick auf die auswärtige Lage der Monarchie einleiten wolle. Er werde, wenn auch nur ganz kurz, auf die Ereignisse des letzten Winters, die den Abschluß einer historischen Aktion bedeuten, zurückkommen.¹

Er gedenkt der Mitwirkung beider Regierungen und der anderen gemeinsamen Minister. Die Vorkommnisse in der Türkei wiesen gebieterisch darauf hin, daß der letzte Moment gekommen sei, die Annexion durchzuführen, später wäre dies nicht mehr möglich gewesen. Die jüngste Krise habe gezeigt, wie wenige aufrichtige Freunde die Monarchie habe. Sie bewies aber auch, daß man Österreich-Ungarn unrichtig eingeschätzt habe, daß es uns nicht an Lebenskraft und Willensstärke fehle, unseren Platz und zwar mit Erfolg zu behaupten.

Dank der Harmonie und der Unterstützung der beiden Regierungen, aber auch dank der umsichtigen Verfügungen der Kriegsverwaltung, welche Armee und Marine für alle Fälle bereit hielt, gelang es, das Ziel – die Annexion Bosniens und der Herzegowina – trotz großer Schwierigkeiten zu erreichen und dabei den Frieden zu erhalten, gewiß ein Schulbeispiel dafür, daß ein Erfolg nur dann sicher sei, wenn die Kraft vorhanden, seinen Willen durchzusetzen.

Durch unsere Haltung sei nunmehr die Grundlage geschaffen, für die künftige Gestaltung der Verhältnisse in Europa und für die Beziehungen der Mächte unter-

^a *Beifügung des Schreibers:* (mit Anmerkung über die Modalitäten der Verlängerung des Dreibundvertrages, 8. 75.).

¹ *Zur Annexion Bosnien-Herzegowinas siehe zuletzt GMR. v. 10. 9. 1908, GMCPZ. 468.*

einander; durch unsere gebesserte Position werde es aber unserem Einfluß leichter gemacht, den Frieden auch weiterhin zu erhalten. Die Einkreisungspolitik Englands sei abgewehrt worden, wir haben gezeigt, daß wir nicht als *quantité négligeable* zu behandeln und von Deutschland nicht zu trennen sind. Wir haben den uns gebührenden Platz unter den Mächten zurückerobert.

Wenn man das Verhalten der einzelnen Mächte Revue passieren lasse, so müsse man zunächst von Deutschland sprechen. Zum ersten Male kam der *casus foederis* zur Geltung. Redner müsse auf die Worte zurückkommen, die Graf Andrassy in dem Telegramme an Se. Majestät gebrauchte, in welchem er von Gastein aus den Abschluß der Allianz meldete: „Ich beglückwünsche Ew. Majestät, nun ist der Monarchie der Weg nach dem Orient frei.“

Mit diesem Satze wolle aber Graf Andrassy nicht etwa einer Eroberungspolitik das Wort reden, er meinte entschieden nur, daß wir nun in der Lage seien, unseren durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina vermehrten Besitzstand zu erhalten und wirtschaftliche Vorteile im Oriente erzielen können.

Unser anderer Alliierter, Italien, war wie immer etwas schwankend, man dürfe ihm das aber nicht zu sehr verübeln. Italien ist unter den Großmächten die schwächste. Man müsse auch die Verhältnisse berücksichtigen. Es muß mit England rechnen, dessen Einfluß sei daher auf die Entschließungen des römischen Kabinettes sehr bedeutend. Vor wenigen Tagen erst habe ihn, den Redner, der rumänische Ministerpräsident Herr Brătianu um die Unterstützung gewisser rumänischer Wünsche für den Fall eines Konfliktes zwischen der Türkei und Bulgarien ersucht und dabei gesagt, es komme in der Sache nur auf Österreich-Ungarn und Deutschland an, denn Italien sei doch keine vollgiltige Großmacht.²

Im großen und ganzen habe sich übrigens Italien korrekt benommen, ohne so fest zu uns zu stehen wie Deutschland. Italien hat eingesehen und wird noch mehr einsehen, daß Österreich-Ungarn mit Deutschland die stärkere Gruppe unter den Mächten bilde, und Italien geht immer mit dem Stärkeren.

Was Frankreich betrifft, so mache es von den drei Mächten der Triple-Allianz die vernünftigste Politik. Es habe uns manches erleichtert, was durch die Auszeichnung Herrn Fallières seitens Sr. Majestät anerkannt wurde.³ Der hiesige französische Botschafter meine, die französische Politik werde zwar am Allianzgedanken und an der Entente mit England festhalten, ebenso bei Gelegenheit an

² Zu den Äußerungen Brătianus siehe die Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Brătianu [sic!], (10.) Sept. 1909, *publiziert in ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK*, Bd. 2, Nr. 1731.

³ Armand Fallières (1841–1931), 18. 2. 1906–18. 2. 1913 *Staatspräsident der französischen Republik*, erhielt auf Vortrag Aehrenthals v. 23. 6. 1909 mit *Ah. E.* v. 27. 6. 1909 das *Großkreuz des St.-Stephansordens* für sein stetes Bemühen um die Ausglei chung der Gegensätze zwischen den Mächten und dadurch um die Erhaltung des Friedens, HHSrA., Kab. Kazlei, KZ. 2085/1909

dem Revanchegeanken, die Franzosen seien aber Realpolitiker und, da sie den Frieden erhalten wollen, benützen sie das gute Verhältnis zu uns, um durch uns ausgleichend auf ihre Beziehungen zu Deutschland einzuwirken.

Bezüglich Englands sei hervorzuheben, daß der Aufenthalt des Königs in Marienbad, der Versuch des Königs, in Ischl empfangen zu werden,⁴ die jetzige Sprache der englischen Zeitungen zeigen, daß man dort einsehe, zu weit gegangen, in der Presse zu grob gewesen zu sein. Den Engländern müsse man imponieren.

Dies haben wir getan und so können wir uns nun mit ihnen verständigen und ihre dermalige mehr entgegenkommende Haltung nicht abweisen, sondern abwarten, wie sich Englands Politik in den Fragen, wo wir mitinteressiert sind, gestalten werde.

In Rußland sei es der rachsüchtige Charakter Iswolskijs, mit dem man umso mehr rechnen müsse, als er vorläufig wenigstens weiter im Amte verbleibt und uns manches Zeichen seiner Unversöhnlichkeit gibt, so die Sendung von Kriegsmaterial an Montenegro und die Unterstützung der serbischen Bestrebungen, in Paris eine Anleihe abzuschließen. Rußland wolle durch fortgesetzte Verdächtigungen den Eindruck hervorrufen, daß wir imperialistische Politik treiben, uns Serbien und Montenegro einverleiben wollen, es beobachtet also bis auf weiters gewiß eine nicht freundliche Haltung uns gegenüber, doch sei es durch seine Finanznot und die inneren Schwierigkeiten von einer direkten Aktion abgehalten; immerhin sei – ohne der Zukunft besorgt entgegenblicken zu müssen – Wachsamkeit notwendig.

Von der Türkei haben wir erreicht, was wir wollten. Sie habe die Post – Bosnien und Herzegowina – in ihrem Konto abgeschrieben, und die Taktik, daß wir die einzige Großmacht sind, die ihr nicht nachgelaufen, beginnt gute Früchte zu tragen. Der Sultan sei eine Null, der Einfluß liege in der Armee, und werde es sich zeigen, ob dieser zu halten. Markgraf Pallavicini, Baron Giesl, Goltz Pascha und andere beurteilen die Situation eher optimistisch. Sollte sich der Einfluß der Armee nicht stark genug erweisen, dann werde die Anarchie wieder stärker hervortreten, was große Verwicklungen im Gefolge haben würde. Wir wollen die Türkei sich kräftigen lassen, aber aus eigenem. Redner sei entschlossen, jede Einmischung oder Reformversuche zu vermeiden. Wir werden uns freundlich zur Türkei verhalten, solange sich deren Vitalität erhält, sonst eine Politik der Nicht-Intervention solange als möglich befolgen und unser Pulver trocken halten, um unsere wirtschaftliche Politik durchsetzen zu können.

Die Monarchie habe zwei große Aufgaben. Die eine sei, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, was bedinge, daß wir kräftig sind und unsere

⁴ Zum Besuch Edward VII. in Marienbad und seinem Wunsch, nach Bad Ischl eingeladen zu werden, siehe Schreiben Aehrenthals an Szögyény v. 4. 8. 1909, publiziert in ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK, Bd. 2, Nr. 1704.

Stimme im Konzert der Mächte zur Geltung bringen, die andere, für die Ruhe und das Gleichgewicht der Kräfte am Balkan einzutreten.

Wallenstein habe Kaiser Ferdinand II. den Rat gegeben, eine starke Armee zu halten, aber das Schlachtenglück nicht ohne zwingenden Grund zu versuchen. Daran müsse Redner jetzt erinnern und hiebei dankbar des Freiherrn v. Schönauich und des Grafen Montecuccoli gedenken, die Armee und Flotte in einen so schlagfertigen Zustand gebracht haben, daß man nicht in die Notwendigkeit versetzt worden sei, zu der ultima ratio im Leben der Völker zu greifen. Wohl seien große Beträge aufzubringen, doch sind diese verschwindend klein im Vergleiche zu jenen, die wir gebraucht hätten, wenn wir die Annexion nicht vollzogen oder den Winter nicht zu Nachschaffungen benützt haben würden. Als verantwortlicher Leiter der auswärtigen Politik bitte er daher, die außerordentlichen Ausgaben und die aus denselben übernommenen fortlaufenden Auslagen zu bewilligen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident will die Gelegenheit benützen, die ihm die erste gemeinsame Beratung nach den Ereignissen des letzte Winters bietet, um dem Grafen Aehrenthal zu seinem großen Erfolge dankend zu gratulieren und um der Art und Weise zu gedenken, wie er seine Politik, wie er die Annexion durchgeführt habe, was eine bedeutsame Wendung der äußeren Politik bedeute. Die europäische Situation sei geklärt und sichergestellt, unsere Position gehoben. Dies müßten alle anerkennen, ihrem Danke und ihrer Beglückwünschung Ausdruck geben und sich glücklich fühlen, daß dem Grafen Aehrenthal die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten anvertraut sei.

Der Vorsitzende bespricht nun die Hauptpositionen der einzelnen Budgets im allgemeinen und des Voranschlages des Ministeriums des Äußern im besonderen, worauf der kgl. ung. Ministerpräsident in ausführlicher Rede die Steigerung der gemeinsamen Auslagen auseinandersetzt. Bis zum Jahre 1893 habe es immer Differenzen mit der Kriegsverwaltung gegeben. In diesem Jahre sei eine Steigerung von jährlich acht Millionen vereinbart und diese Vereinbarung später prolongiert worden. Vom Jahre 1906 an ist – unter seiner Mitwirkung – eine bedeutende Erhöhung eingetreten und zwar um rund 20 Millionen jährlich, jetzt verlange man 84 ½ Millionen. Die Finanzverwaltungen müssen aber auf eine Reihe von Jahren hinaus mit sicheren Ziffern rechnen können. Diese allgemeinen Bemerkungen vorausgeschickt, glaube er darauf verweisen zu sollen, daß manche außerordentliche Ausgaben nicht in das Budget gehören, sondern durch eine Emission zu decken sind; gewisse Anforderungen wären daher – nach seiner Ansicht – auf den außerordentlichen Kredit zu überwälzen.

Was das Budget des Ministerium des Äußern betreffe, das er im allgemeinen annehme, so habe er – ohne sich gegenwärtig in Details einzulassen – zunächst die Bemerkung zu machen, daß man sich außer der Restrangierung einzelner Posten bezüglich der Erhöhung des Dispositionsfonds nicht verhehlen dürfe, daß da heikle Fragen aufs Tapet kämen. Die ungarische Regierung erhalte vom Disposi-

tionsfonds des Ministeriums des Äußern 100 000 K. Auf diese wolle er verzichten, wenn hiedurch die Erhöhung dieser Post vermieden werde.

Der k. k. Finanzminister hebt seinerseits hervor, daß die Finanzminister damit rechnen müssen, was an Plus einzustellen sein wird. Eine so hohe Quote im Budget unterzubringen, wie sie verlangt werde, sei einfach unmöglich, und zwar umso weniger – er verrate vielleicht nicht einmal ein Geheimnis – als er vor einem Defizit im Staatshaushalte stehe. Daraus folge nicht, daß die k. k. Regierung das Notwendige verweigern wolle. Zum Budget des Ministeriums des Äußern hätte er mehreres zu bemerken, in erster Linie handle es sich aber um die Heeresauslagen und um die Marine. Er gebe zu, daß neue Schiffe erbaut werden müssen, die Mittel dazu können aber nicht im Budget untergebracht werden, d. h. wohl die Zinsen, aber nicht das Kapital. Man müsse nun das gemeinsame Budget so feststellen, daß man es akzeptieren könne. Er beantrage daher, daß zunächst die Fachreferenten die Voranschläge nochmals und zwar zusammen beraten, gewisse Abstriche vornehmen und dann hierüber berichten sollen. Die Minister hätten sich dann nur über etwaige Differenzpunkte zu einigen.

Der gemeinsame Kriegsminister weist darauf hin, daß jene Posten, welche stets Überschreitungen aufweisen, also unrichtig budgetiert sind, endlich einmal saniert werden müssen und daß ferner gewisse außerordentliche Ausgaben zur Stabilisierung bestimmt seien.

Insbesondere liegen ihm die Sanierungsposten am Herzen, denn 24 Millionen Überschreitungen in der Schlußrechnungskommission zu vertreten, werde von Jahr zu Jahr schwerer.

Der kgl. ung. Ministerpräsident bespricht die Vereinbarung der beiden Ackerbauministerien und weist darauf hin, daß wohl der von diesen Zentralstellen festgelegte Durchschnitt für Hafer usw. jetzt bei den hohen Preisen nicht zutreffe, aber er habe schon bisher die Delegation mit Berufung auf diese Vereinbarung beruhigt und auf diese Weise könne man es auch in Hinkunft tun.

Dr. Wekerle regt nochmals an, die Budgets des Krieges und der Marine zu ermäßigen und dafür den Rüstungskredit zu erhöhen, worauf Admiral Graf Montecuccoli erklärt, hiemit nicht einverstanden zu sein, weil seiner Meinung nach die Anforderungen für Schiffsneubauten in den Voranschlag gehören. In den Budgets müsse hiefür vorgesorgt werden.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erwidert hierauf, daß infolge seiner Initiative im Marinebudget 20 Millionen für Neubauten ausgewiesen sind, das macht in 30 Jahren 600 Millionen, entsprechend dem Werte unserer Flotte, so daß in dieser Zeit jedes Schiff ersetzt sein könne. Die jetzt mehr geforderten 18 Millionen für Beschleunigung des Baues könnte aber ganz gut in den außerordentlichen Kredit übertragen werden.

Der k. k. Finanzminister stellt den Antrag, zunächst ein Maximum festzusetzen, dann die Konferenz zu vertagen und die Referenten beraten zu lassen.

Der **M a r i n e k o m m a n d a n t** gibt seiner Ansicht Ausdruck, daß zuerst festgelegt werde, was wir brauchen, und erst dann über die Geldbeschaffung verhandelt werde.

Der **V o r s i t z e n d e** rekapituliert die ausgesprochenen Meinungen.

Der **k. k. F i n a n z m i n i s t e r** betont, daß man aus Patriotismus bereit sei, alle erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, doch müsse man sich darüber klar sein, was in das Budget komme, damit das Defizit nicht ins Unendliche wachse.

Der **k g l. u n g. M i n i s t e r p r ä s i d e n t** stimmt dem mit der Bemerkung zu, daß man ein Finanzprogramm nur dann entwickeln könne, wenn man wisse, wie viel man jedes Jahr brauche werde. Er könne nicht mehr als 20 Millionen jährlich konzederen, alles andere gehöre in den außerordentlichen Kredit.

Der **k. k. F i n a n z m i n i s t e r** teilt mit, daß nach seinen Berechnungen größere Abstriche vorgenommen werden können. Er wäre eventuell bereit, bis 30 Millionen zu konzederen, doch sollten die Referenten einen Teil auf später verschieben, einen anderen in Abstrich bringen und einen dritten auf den außerordentlichen Kredit übertragen.

Der Antrag auf Durchberatung der Voranschläge durch die Referenten wird angenommen.

Nachdem über eine Anfrage Dr. Wekerles der Vorsitzende als seinen Fachreferenten den Sektionsrat v. Günther bezeichnete und seitens des kgl. ung. Ministerpräsidenten Sektionsrat Zawadowszky, vom gemeinsamen Kriegsminister der Oberintendant Anderka, vom Marinekommandanten der Generalkommissär v. Helleparth und vom k. k. Finanzminister der Sektionschef Dr. v. Engel als Referenten nominiert wurden, schloß der **V o r s i t z e n d e** die Sitzung mit dem Bemerkten, daß die nächste Konferenz bezüglich des gemeinsamen Budgets nach Erstattung des Berichtes der Fachreferenten am 18. September stattfinden werde.

18. September 1909.

Der **V o r s i t z e n d e** eröffnet die Sitzung, indem er darauf zurückkommt, daß in der dienstägigen Konferenz beschlossen worden sei, die gemeinsamen Voranschläge durch die Fachreferenten einer Durchberatung unterziehen zu lassen, um durch Abstriche oder Übertragungen eine Verringerung der Budgetsummen zu erzielen. Es liege nun das Resultat dieser Beratungen vor, und stelle er die Bitte, sich zu den Anträgen der Referenten äußern zu wollen, wobei er die Erklärung abgebe, den an seinem Budget vorgenommenen Reduktionen zuzustimmen, was auch für die Ausscheidung der Dispositionsfondserhöhung gelte. Er nehme die Erklärung des kgl. ung. Ministerpräsidenten zur Kenntnis, daß dieser auf die ihm bisher zur Verfügung gestandene Summe aus diesem Fonds zugunsten des Kriegsministeriums verzichte. Er füge dem hinzu, daß die k. k. Regierung seit 1901 aus dem Dispositionsfonds des Ministeriums des Äu-

ßern eine Dotation nicht mehr in Anspruch nimmt. Das Kriegsministerium werde nunmehr und zwar ab 1910 um 100 000 K jährlich mehr erhalten als bisher.

Der kgl. ung. Ministerpräsident bittet den Vorsitzenden und den Kriegsminister, ihm die ihnen zukommenden vertraulichen Informationen rechtzeitig mitzuteilen, was diese zusagen.

Dr. Wekerle führt noch aus, daß er, wenn er die fraglichen Nachrichten erhalte, seine Agenten entlassen könne, weil es keinen Zweck habe, dieselben Nachrichten von drei Seiten zu bekommen und dreimal zu bezahlen. Im übrigen habe er ja jetzt die Grenzpolizei.

Der gemeinsame Kriegsminister erklärt, er habe seinem Referenten die Instruktion erteilt, den Reduktionen so weit als irgend tunlich zuzustimmen, und sei er auch im allgemeinen mit den vorliegenden Anträgen einverstanden. Er müsse aber den Vorbehalt machen, daß die Konsequenzen aus der Einstellung von Tangenten, die das Budget pro 1911 mit 15,3 Millionen belasten, ihm nicht in die für dieses Jahr zu bewilligende Summe eingerechnet und daß dies im Protokolle festgelegt werde. Der Vorsitzende nimmt diesen Vorbehalt zum Anlaß, um auch seinerseits die Ausschaltung der Tangentenergänzung für sein Budget in Anspruch zu nehmen.

Der k. k. Finanzminister gibt nun die Höhe der einzelnen Budgets an, wie sie sich nach den Anträgen der Referenten stellen und zwar:

Im Heeresbudget, das ursprünglich gegenüber 1909 ein Plus von 59 917 662 K aufwies, seien folgende Abstriche vorgenommen worden: Im Ordinarium 9 050 955 K, im Extraordinarium 17 169 112 K, im bosnischen Kredite 3 371 452 K, bei den Stabilisierungen 3 424 602 K [und] 10 075 398 K, zusammen 43 091 519 K.

Hiernach vermindere sich das Mehrerfordernis auf 16 826 143 K beziehungsweise nach einer kleinen Korrektur auf 16 825 595 K.

Zur Übertragung auf den sogenannten Rüstungskredit werde beantragt: aus dem Extraordinarium 10 411 000 K, aus dem bosnischen Kredite 500 000 K, aus dem Stabilisierungsaufwand 10 075 398 K, zusammen 20 986 398 K.

Um diese Summe soll der nunmehr auf 163,7 Millionen richtiggestellte außerordentliche Rüstungskredit des Heeres erhöht werden, welcher sohin 184 686 398 K betragen würde.

Es entspinnt sich nunmehr eine lebhafte Debatte über die Erhöhung der Löhnungen,⁵ in deren Verlauf der kgl. ung. Ministerpräsident seinen Standpunkt dahin präzisiert, daß er – wie schon im Vorjahre betont – bereit sei, einer Aufbesserung der Lage der Mannschaft in natura zuzustimmen, die Erhöhung der Löhnungen aber nicht akzeptieren könne, weil er dieselbe schon im ungarischen Ministerrat durchzusetzen nicht imstande sei. Der gemeinsame Kriegsminister entgegnet hierauf, daß die österreichische Delega-

⁵ Die Frage der Mannschaftslöhnung war zuletzt zur Sprache gekommen in GMR. v. 17. und 21. 5. 1908, GMCPZ. 466.

tion auf der Erhöhung der Löhnungen durch Auszahlung eines Betrages im baren bestehen werde. Er habe ohnehin den Weg einer „Unifizierung der Löhnungen“ eingeschlagen.

Der V o r s i t z e n d e ist der Ansicht, daß diese Sache gründlich durchberaten werden müsse, sonst stehe man vor derselben Situation wie im Vorjahre. Auch könne Ungarn ein Entgegenkommen zeigen, indem es sich dringenden Bedürfnissen nicht verschließe, zumal die Erhöhung ja ebenso den ungarischen Soldaten zugute komme.

Der k. k. F i n a n z m i n i s t e r lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz darauf, daß – wenn man jetzt in natura aufbessere – die Löhnungserhöhung doch nicht ausbleiben werde.

Der k. k. M i n i s t e r p r ä s i d e n t fragt, ob der Kriegsminister in den Delegationen die Nichterhöhung vertreten könne, was dieser verneint.

In Österreich werde man sagen, fügt F r e i h e r r v. S c h ö n a i c h hinzu, daß – wenn man 184 Millionen für Rüstungszwecke aufbringe – man auch die paar Millionen für die Mannschaft beschaffen könne. Der k g l. u n g. M i n i s t e r p r ä s i d e n t erwidert, in Ungarn werde man das Gegenteil sagen, nämlich, daß man außer der hohen Summe noch so und so viel Millionen für die Löhnungen fordere.

Man müsse die Anforderungen in Einklang bringen mit der materiellen Kraft der beiden Staaten. Er weist auf Frankreich hin, wo man eine Erhöhung der Gebühren vorgenommen habe mit 4,5 Millionen, sie sei aber auf die Leutnante beschränkt.

Die Konferenz beschließt sodann, diesen Gegenstand in suspenso zu lassen und später darauf zurückzukommen,⁶ wobei F r e i h e r r v. S c h ö n a i c h an dem Anfallstermin 1. Jänner 1910, D r. W e k e r l e an der Aufbesserung in natura festhalten zu wollen erklären.

Nachdem hierauf der kgl. ung. Ministerpräsident die für Versuche mit Luftballons eingestellte Summe zur Sprache bringt und davor warnt, hierfür so große Beträge aufzuwenden, werden über einschlägige Mitteilungen des Kriegsministers aus dem Rüstungskredite noch 4 686 398 K ausgeschieden, wodurch sich dieser auf 180 Millionen und die Konsequenzen der diesmaligen Bewilligungen auf rund 20 Millionen stellen.

Diese Summe melde F r e i h e r r v. S c h ö n a i c h an, sie dürfe ihm nächstes Jahr nicht eingerechnet werden, weil sonst die Schlagfertigkeit der Armee leide. Die Fortifikationen müssen verstärkt und ausgedehnt werden, insbesondere in Bosnien und der Herzegowina mit Rücksicht auf die jetzigen Geschütze Serbiens und Montenegros. Der Vorsitzende unterstützt die Forderungen des Kriegsministers und meint, daß – da wir keine Handelsverträge abschließen können – es notwendig sei, stark zu bleiben. Hätten wir die Handelsverträge abge-

⁶ Die Löhnungserhöhung kam erneut zur Sprache in GMR. v. 17. 5. 1910, GMCPZ. 480.

schlossen, könnte er vielleicht dafür plädieren, daß die Befestigungen nicht so dringend notwendig seien.

Der kgl. ung. Ministerpräsident sagt, daß er sich über den Rahmen einer Gesamterhöhung von 20 Millionen für Armee und Flotte nicht verpflichten könne, man müsse eben dann andere Streichungen vornehmen. Die Erhöhung betrage überdies pro 1910 nicht 20 sondern 76 Millionen, denn man müsse die Übertragungen berücksichtigen.

Graf Montecuccoli weist nach, daß in Österreich-Ungarn die militärischen Lasten per Kopf der Bevölkerung kleiner sind als in allen anderen in Betracht kommenden Staaten, Rußland ausgenommen.

Der Vorsitzende erklärt dies daraus, daß wir in den Budgets der Armee und der Flotte rückständig sind, was der Winter gezeigt habe; die aufgewendeten Summen seien nur Sanierungen früherer Streichungen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erwähnt, daß er über den Rüstungskredit sehr erfreut gewesen sei. Er wäre sonst verlegen gewesen, die vielen Millionen für die Marine unterzubringen. So seien wir auch in die Lage gekommen, 140 Millionen für die Ausrüstung der Armee aufzuwenden. Er müsse jedoch sagen, daß ein anderer – in seiner Lage – die neuen Verpflichtungen nicht übernommen hätte. Er binde seinen Nachfolger.

Wäre übrigens die Aktion für die Mannschaft anders eingeleitet worden, so hätte sie ja durchgeführt werden können. Er würde unter anderen Umständen gegenüber Wünschen einer großen politischen Partei in Österreich Zuvorkommenheit zeigen.

Der Vorsitzende möchte nun das bisherige Ergebnis der Konferenz dahin zusammenfassen, daß den Anträgen der Fachreferenten zugestimmt worden sei, die Frage der Mannschaftslöhnung aber in suspenso bleibe. Falls die Differenzen beseitigt würden, beharre der Kriegsminister aber auf der Jahressumme.

Der gemeinsame Finanzminister bittet, daß die im Budget des Kriegsministeriums gestrichenen 500 000 K, welche zur Rückzahlung an die gemeinsamen Aktiven bestimmt gewesen wären, zu den Vorschüssen auf den zur Aufbringung der finanziellen Zuwendung an die Türkei erforderlichen Betrag hinzukommen, was namens der beiden Regierungen zugesagt wird.

Der k. k. Finanzminister bespricht nun die Anträge bezüglich der Marine. Die Abstriche betragen 21 262 100 K, so daß gegenüber 1909 ein Plus von 3 319 350 K bleibt. In den Rüstungskredit werden 18 Millionen übertragen, derselbe stellt sich sonach einschließlich der Vorschüsse per 21,8 Millionen auf 54 625 770 K. Der Minister beantragt, diese Summe auf 54 Millionen abzurunden, was angenommen wird.

Nachdem noch die anderen Budgets in der von den Referenten vorgeschlagenen Höhe bewilligt werden, stellt sich die Mehranforderung folgendermaßen dar:

Krieg: 16 825 595 K, ^bdarunter 6,5 Millionen (Löhnungen etc.), worüber definitiver Beschluß vorbehalten^b; Marine: 3 319 350 K; Äußeres: 1 561 470 K; Finanzministerium: 53 392 K; Rechnungshof: 3901 K; Zusammen: 21 763 708 K.

Artilleriekredit: 7 Millionen.

Rüstungskredit: Krieg: 180 Millionen; Marine : 54 Millionen; zusammen: 234 Millionen.

Nachtragskredite des Ministerium des Äußern: 853 115 K.

Die Nachtragskredite des Kriegsministeriums entfallen aus den gleichen Motiven wie im Vorjahre und unter denselben Modalitäten.

Freiherr v. Schönauich bemerkt, daß sein Voranschlag darauf basiert sei, daß im November noch zehn Bataillone aus Bosnien herausgezogen werden. Im Gegenfalle würde sich sein Budget erhöhen. Die bezügliche Ah. Entschliebung ist noch nicht erbeten.^{c, 7}

Nachdem Freiherr v. Burián erklärte, nach der Lage in beiden Provinzen für die Herausnahme der zehn Bataillone zu votieren, spricht sich auch der Vorsitzende dafür vom Standpunkte der auswärtigen Politik aus. Es würde den allerbesten Eindruck machen, wenn gerade zur Zeit der Promulgierung des Landesstatuts eine Verminderung der Truppen eintrete, und bitte er den gemeinsamen Finanzminister, den Antrag des Kriegsministers an Ah. Stelle zu unterstützen.

„Wir sind jetzt mit der Budgetberatung zu Ende“, fährt Graf Aehrenthal fort, „ich möchte nun den Herrn Marinekommandanten bitten, uns seinen Plan für die Ausgestaltung der Flotte zu entwickeln.“

Graf Montecuccoli ergreift das Wort und führt aus, daß mit Rücksicht auf die allseits gesteigerten Flottenrüstungen unsere bisherige Bautätigkeit nicht richtig erscheine.

Italien, wo noch immer das Schlagwort von der Wiedervergeltung für Lissa Geltung habe, dürfte 1912 etwa 25 Schlachtschiffe und Panzerkreuzer haben, wir 15. Es wäre gegenwärtig noch möglich, der italienischen Überlegenheit mit relativ geringen Mitteln zu begegnen, weil einerseits die älteren italienischen Schiffe von Jahr zu Jahr erheblich an Gefechtswert verlieren, andererseits die österreichische und die ungarische Industrie leistungsfähiger ist, beziehungsweise die Schiffe schneller herstellen kann, als dies in Italien möglich ist. Der Bau von vier großen Schlachtschiffen könnte, wenn er Ende 1909 oder anfangs 1910 in Angriff genommen wird, unschwer in derselben Zeit beendet sein wie jener der vier gleichartigen italienischen Schiffen, der schon 1908 begonnen wurde. Der Bau dieser neuen Schiffe mit einem Displacement von 20 000 Tonnen, als Ersatz für

^{b-b} Fußnote des Protokollführers.

^c Korrektur Schönauichs aus herabgelangt.

⁷ Die 10 Bataillone wurden nicht aus Bosnien abgezogen, siehe GMR. v. 17. 5. 1910, GMCPZ. 480.

Dandolo, Saida, Donau, Erzherzog Friedrich gedacht, würde der italienischen Flotte die Wahrscheinlichkeit der Seebeherrschung der Adria nehmen.

Ein zu diesem Zwecke bewilligter Kredit von 309,5 Millionen, wovon bis Ende 1910 100 Millionen beansprucht werden, würde außer dem Bau der vier Schiffe noch jenen von drei Aufklärungsanzern und sechs Torpedofahrzeugen gestatten, wozu noch zwölf Hochseetorpedoboote, sechs Unterseeboote, vier Donau-monitore kämen und sechs Millionen für den Schutzdamm in Pola verwendet würden. Eine allmähliche Steigerung des Titels VII, dessen Unzulänglichkeit er stets hervorhebe, könnte die Marineverwaltung instand setzen, die Ersatzbauten für veralternde Schiffe etc. aus dem Normalbudget zu beschaffen.

In bezug auf den Bau der Torpedofahrzeuge wird es angezeigt sein, für die ersten zwei sich an das Ausland zu wenden. Nach den Offerten wäre Deutschland der Vorzug zu geben.

Der **Vorsitzende** tritt in längerer Rede für die Forderungen der Marine ein. Graf Montecuccoli habe nachgewiesen, daß wir nicht zurückbleiben können. Es sei allgemein bekannt, daß ein Marineplan ausgearbeitet werde, man rechne damit. Im englischen Parlamente wurde z. B. gesagt, daß wegen der bevorstehenden Vermehrung der italienischen und der österreichisch-ungarischen Flotte die englischen Schiffe nicht aus dem Mittelmeer herausgenommen werden können.

Vom Standpunkte der auswärtigen Politik habe Redner aber ganz spezielle Gründe, für die Vermehrung unserer Flotte einzutreten. Unser Nachbar und Alliierter Italien sei bekanntlich nicht ganz zuverlässig. Der Allianzvertrag binde ihn bis 1914, er könne im Juni 1913 gekündigt werden^d, sonst verlängere er sich von selbst auf sechs Jahre.

Seiner Überzeugung nach werde Italien, wenn wir die bisherige konziliante Politik weiter verfolgen und stark sind, im Dreibunde bleiben. Andernfalls werde es zum Konflikt kommen. Er wolle nicht auf ein zu rasches Vorgehen einraten, weil sonst auch Italien seine Vorkehrungen rascher treffen würde. Man müsse aber systematisch vorgehen und sich den Termin 1913 vor Augen halten.

Er bitte, sich im Gegenstande zu einigen, damit die Mehrzahl der Schiffe Ende des Jahres 1912 fertiggestellt sei.

Der **kgl. ung. Ministerpräsident** sagt, die Summe sei früher nicht so hoch beziffert gewesen, man habe nur von 200 Millionen und drei Schlachtschiffen gesprochen.

Der **k. k. Finanzminister** trägt Bedenken, daß man diese Forderungen vor die nächsten Delegationen bringe. Die Erhöhung auf 309 Millionen erkläre sich durch den Zuwachs eines Schlachtschiffes und mehrerer Begleitschiffe. Man müsse eventuell das Risiko übernehmen ohne Bewilligung.

^d *Randbemerkung Pirquets* Gesandter Pogatscher habe Sr. Exzellenz dem Herrn Minister am 24. 9. 1909 gemeldet, daß [die] Frage die automatische Verlängerung [des] Vertrages ist. T. Pirquets, 1. 11. 1909.

Dr. Wekerle erklärt, er könne jetzt zu dieser Sache keine Stellung nehmen. Er schließe sich jedoch vollkommen der Ansicht des Grafen Aehrenthal an. Nur gebe er zu bedenken, daß unsere Marine den Zweck zu verfolgen habe, erfolgreich abzuwehren; er könne nun nicht beurteilen, ob man nicht etwa darüber hinausgehe; jedenfalls sei nicht zu vergessen, daß unsere Armee der italienischen überlegen sei und man vielleicht doch bezüglich der Marine ein etwas langsames Tempo einschlagen könnte. Was die Höhe des italienischen Marinebudgets betreffe, so ist Italien eine Seemacht, Österreich-Ungarn nicht.

Der Vorsitzende kommt darauf zurück, daß er stets betone, man dürfe nicht überstürzen, daher sollten diese Forderungen auch nicht vor die nächsten, sondern vor die vielleicht im Frühjahr 1910 für das Budget pro 1911 einzuberufenden Delegationen kommen. Man könnte uns aggressive Absichten im Oriente oder gegen Italien zumuten. Worauf er aber pflichtgemäß Gewicht legen müsse, sei, daß man, wenn auch nicht heute, so doch heuer zu einem Beschlusse komme, damit die Marineverwaltung in der Lage sei, die technischen Einleitungen zu treffen. Die in etwa vier Wochen einzuberufende gemeinsame Ministerkonferenz, welche über den Termin der Einberufung der Delegationen beraten soll, hätte bindende Beschlüsse zu fassen.⁸

Der kgl. ung. Ministerpräsident führt aus, daß Ungarn an den projektierten Maßnahmen nur vom Standpunkte der Gemeinsamkeit interessiert sei, ein unmittelbares Interesse aber nicht habe, da es wenig Handelsschiffe und auch keine ausgedehnte Küste besitze. Falls die Schiffe oder doch der größte Teil in Österreich gebaut würden, müßte Ungarn bei der Aufteilung für andere Industrien Kompensationen erhalten. Er weist speziell auch auf die Kohlenlieferung und die Likaner Bahn hin. Diese Bahn, deren Kosten, mit 62 Millionen projektiert, 220 Millionen betragen werden, diene nur strategischen Zwecken. Wenn man auf ihr Kohlen nach Sebenico führen kann, so würden doch wenigstens die Betriebskosten gedeckt. Jetzt verwende die Marine englische Kohle, von dieser werde man im Kriegsfall abgeschnitten werden. Es wird sich daher empfehlen, auf unsere Kohlen zu greifen, und bitte er, bei den gegenwärtig mit ungarischer Kohle stattfindenden Proben nicht unnötige Schwierigkeiten zu erheben. Brikettiert sei die ungarische Kohle acht Monate haltbar, während wir – trotzdem ein Kriegsvorrat für acht Wochen vorgeschrieben ist – nur einen solchen von vierzehn Tagen haben, weil die Kohle, wie sie jetzt beschafft wird, wenn sie länger liegt, an Kalorien zu viel verliert.

Der Vorsitzende, welcher den kgl. ung. Ministerpräsident in seinen Ausführungen unterstützt und dahin konkludiert, man solle trachten, die eigene Kohle – die ja ein Mittel der Verteidigung sei – zu verwenden, schreitet nun zum Schlusse der Beratung, indem er den Marinekommandanten ersucht, mit beiden

⁸ Diese Konferenz fand nicht statt, obwohl Montecuccoli in seinem Vortrag v. 24. 9. 1909 bat, diese Konferenz Ah. anzuordnen, KA., MKSM. 51–3/3–2/1909. Der Vortrag blieb unresolviert.

Regierungen, die heute seinen Plan angehört, hinsichtlich dessen Durchführbarkeit in Föhlung zu bleiben. Das Marineprogramm werde den nächsten Delegationen nicht vorgelegt, aber in der bezüglich des Termines der Delegationen einzu-berufenden gemeinsamen Ministerkonferenz zu Ende beraten werden, die Erklärung Dr. Wekerles, heute noch keine Verpflichtung übernehmen zu können, wird zur Kenntnis genommen.⁹

Schluß der Sitzung 2 Uhr p. m.

Aehrenthal

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien, 28. Oktober 1909. Franz Joseph.

Nr. 10 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 14. September 1909

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Freiherr v. Bienenrth, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister GdI. Freiherr v. Schönauich, der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Aladár Zichy, der k. k. Finanzminister Ritter v. Biliński (22. 10.).

Schriftführer: Legationsrat Friedrich Graf Szapáry.

Gegenstand: Beratung über die Gesetzentwürfe betreffend die neu zu erlassende Landesverfassung für Bosnien und die Herzegowina.

KZ. 60 – GMCPZ. 474

Protokoll des zu Wien am 14. September 1909, 3 h p. m., abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des k. u. k. Hauses und des Äußern Grafen Aehrenthal.

Der Vorsitzende eröffnet die Beratung und bemerkt einleitend, daß das Elaborat der Landesverfassung vom gemeinsamen Finanzminister dem Prinzipie entsprechend ausgearbeitet worden ist, welches vor der Annexion festgelegt worden war,¹⁰ daß nämlich nach erfolgter Angliederung die Stellung Bosniens und der Herzegowina gegenüber der Monarchie nicht verändert werden wird, daß dieselben ein corpus separatum bilden und die Gesetze vom Jahre 1879 und 1880 in Geltung bleiben sollen, solange dies nicht auf Grund übereinstimmender

⁹ Fortsetzung des Gegenstandes in GMR. v. 17. 5. 1910, GMCPZ. 480.

¹⁰ Siehe dazu GMR. v. 10. 9. 1908, GMCPZ. 468. Zu den bisherigen Verhandlungen siehe die Konferenzen der gemeinsamen Minister v. 7. 6. 1909 und 6. 9. 1909, Ergänzende Protokolle anderer Provenienz IV und V dieses Bandes.